

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonntags.

De vegetación

Angabenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Beratstellen - Anzeigen die
8 gespaltenen Telefon-Zelle
50,-
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Berlag von H. Brey,
Druck von G. W. & Weisert & So., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Sebastian Bräll, Hannover.
Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Aufzähluß 3002.

Luxus und Arbeitslosigkeit.

von Dr. Alfred Striemer.

Wer mit seinen Lebensverhältnissen zufrieden ist und zufrieden sein kann, empfindet keinen M e i d gegenüber denen, die sich in noch besserer Lage befinden. Anders ist es bei allen denen, die berechtigterweise über ihre Existenzlage, soweit es sich um die materiellen Notwendigkeiten handelt, klagen. Sie n e i d e n den Bessergestellten ihre günstige Lage, insbesondere, wenn diese offenbar nicht durch ehrliche Arbeit, sondern auf Kosten der Mitmenschen hergestellt worden ist. Wenn die einen h u n g e r n und die anderen im Überfluss schwelzen, wenn die einen ü b e r- r e i c h e n, unbenutzten Wohnraum haben, die anderen wiehisch zusammengeprescht oder obdachlos sind, dann widerspricht ein solcher Zustand der sozialen Gerechtigkeit. So gerechtfertigt und unerlässlich ein A u s g a l e i c h ist, so schwierig ist seine Herbeiführung. L u x u s t r e i b e n heißt Geld a u s g e b e n für Dinge, die zum Existenzbedarf nicht zählen, die im Preise höher stehen, so daß nur ein b e s e i t r a n k t e r Kreis sie erwerben kann, zum Beispiel kostbare Kleider, Kunstmöbel, edle Weine, Kunstinstrumente, Schmuckstücke, Dekorationen, übergroßen und künstlerischen Wohnraum, Luxuswagen und Tiere und Tausende von anderen Dingen. Aber auch im Geldausgeben für D i e n s t e äußert sich der Luxus. Diener, Köchinnen, Friseurinnen, Kutscher und Kraftwagenführer, Reisebegleiterinnen sind Arbeitskräfte, die nur dort beschäftigt werden, wo die Möglichkeit des Luxus gegeben ist. Die Hotelindustrie befriedigt in erheblichem Umfang die Luxusbedürfnisse der Vergnügungsreisenden. Aber auch der M a i s e n - Luxus hat eine erhebliche Bedeutung. Die sogenannten Genussmittel zählen zum größten Teil zu den Luxusartikeln, ein erheblicher Teil der Vergnügungsstätten befriedigt Luxusbedürfnisse.

In den Luxusindustrien und Luxusgewerben, wir müssen auch an die Kunstgärtnerei denken, sind in ganz erheblicher Zahl Arbeitnehmer beschäftigt. Stellen wir dem Luxus die wirtschaftliche Not gegenüber, so erscheint uns sofort unsere gesellschaftliche Ordnung so wider spruchsvoll, daß wir sie mißbilligen werden; jedermann sagt, daß es eine Sünde sei, zu dulden, daß hungernde und schwelgende Menschen nebeneinander hausen, daß die Mittel, die die einen zu reichlich besitzen, den anderen helfen würden, ihre Not zu beseitigen.

Dieser Ausgleich wird von uns und muß von uns erstrebt werden. Aber die Durchsetzung dieses Ziels ist ungemein schwierig, weil sie ein Problem der Arbeitsbeschaffung ist. Würde es uns gelingen, für alle Arbeitslosen lohnende Arbeit beschaffen zu können, so gäbe es keine Schuhlos notleidenden Menschen, und die Erscheinung des Lutus hätte ganz erheblich an Schärfe verloren.

Betrachten wir den Luxus als v o l l s w i r t s c h a f t l i c h e s Problem, so befriedigt uns nicht die Feststellung, daß Luxus „Geld unter die Leute bringt“, daß er den G e l d u m l a u f fördert und eine weniger schädliche Erscheinung sei als die G e l d - h a m p t e r e i , bei der das Geld unfruchtbar im S a c h f l ä s t . Daß Geld unter die Leute kommt, ist ungemein wichtig, aber durchaus nicht in jeder Form ist das G e l d a u s g e b e n v o l l s - w i r t s c h a f t l i c h zu verantworten. Wenn jemand jedes Jahr die Tapete erneuern läßt, um wieder ein n e u t a p e z i e r t e s Zimmer zu haben, wenn jemand für seine L u x u s t i e r e P s l e g e p e r s o n a l unterhält, wenn jemand so viel isst, daß er sich in Marienbad das Fett wieder abtreiben muß, wenn jemand Parkanlagen schafft, die er der Öffentlichkeit verschließt, obgleich M a n g e l an Boden besteht — Tausende von Beispielen sind uns ja geläufig —, dann bringt es zwar auch G e l d u n t e r d i e L e u t e , aber auf unwirtschaftliche Weise, denn das verauslagte Geld dient einem übermäßigen Verbrauch. Warum müssen wir denn jedes Jahr eine neue Mode haben? Nur weil viele Menschen das Bedürfnis haben, ihre s u k k e r e Erscheinung zu v e r ä n d e r n , werden

haben, ihre außere Errichtung zu verhindern, werden ungemein viele Arbeitskräfte für diese Veränderung sorgen müssen. Alle im Modengewerbe Beschäftigten wünschen sich, daß die Mode möglichst oft wechseln möchte, damit sie neue Arbeit erhalten, aber die, die kein Hemd mehr auf dem Leibe haben, wünschen die Mode zum Teufel und verlangen die Herstellung billiger Hemden. Fordern wir die Einschränkung des Bier-, Alkohol- oder Rauchwarenkonsums, so werden die an der Herstellung und dem Verkauf Beschäftigten sofort energischen Einspruch erheben. Gegen die Lugensteuer ist gerade aus den betroffenen Arbeiterkreisen lebhafster Protest laut geworden. Die Beisetzung des Lugus fordern, übergreifen die Antwort auf die Frage, wie sie die freigesetzten, für ihre hochwertige Arbeit mit Aufwand großer Kapitalien, als Lehrgeld und so weiter, herangebildeten Arbeitskräfte beschäftigen wollen. Eine Umstellung unserer Wirtschaft ist dran notwendig.

Eine Umstellung unserer Wirtschaft ist dazu notwendig.
Die ungeheuren Lasten, die wir aufzutragen müssen, erlauben uns nicht die Entfaltung von Zugwesen, denn unsere Ersparnisse sind es ja doch, die wir unseren Gläubigern geben müssen. Wir müssen in unserem deutschen Wirtschaftshaushalt zu größter Einschlichkeit und Sparsamkeit kommen, die Luxusindustrien müssen reine Autos für Eisen- und Stahlwerken werden, die Schmiedereien, Schleifer und Modistinnen werden gewerliche Arbeitsträger, die deutschtüchtig.

Privatgärtner, Diener usw. werden landwirtschaftliche Arbeiter oder ähnliche Berufssarbeiter werden müssen, Kellner und Musikanter und viele andere Berufe werden sich umzustellen haben. Die Einsicht, daß das notwendig ist, müßte doch bald kommen. Wenn wir nun aber fragen, wie diese Umstellung möglich werden, wie sie durchgeführt werden soll, so gibt es wohl nur die eine Antwort: durch Herstellung einer planmäßigen Wirtschaftsführung. Solange wir nicht zu der Erkenntnis kommen, daß nur eine Bedarfswirtschaftswirtschaft, eine Planwirtschaft, die jede Arbeitskraft an den Platz stellt, wo sie am dringendsten gebraucht wird und jedes Kapital dort nutzbar gemacht wird, wo es am nötigsten ist, so lange dürfte wohl kaum irgendeine Aussicht bestehen, der Arbeitsslosigkeit Herr zu werden und Luxus dort zu gestatten, wo er auch im volkswirtschaftlichen Interesse entfallen werden kann.

Sieh dich vor

Gibt wer „intressante Sachen“
Die von and'ren hämisch preis
Und will glaubhaft dadurch machen,
Daz er dich zu schäzen weiß:
Dann sieh dich vor

Will dir flüsternd wer erzählen
(Dass du unwillkürlich spinnst),
Dass du, ohne dich zu quälen,
Seht viel Geld verdienen kannst:
Dann sieh dich vor

Sucht dir jemand einzutreden,
Dag er dies und das nicht kann,
Schmeichelst dir: wär' nichts für jeden,
Du dagegen seist der Mann:
 Dann sieh dich vor

Denn man will in allen Fällen
Dich als einen glaub'gen Tot
Sicherlich um etwas prellen,
Hauen gern dich übers Ohr:
 Drum sieh dich vor

Der Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die öffentliche Sittlichkeit eines Volkes.

Die Tatsache, daß in den sogenannten schlechten Zeiten mehr Verbrechen begangen werden als in guten Zeiten, ist seit langem bekannt. Die Moralistenphilister, d. h. die Gelehrten, die die nach außen hin sichtbaren moralischen und unmoralischen Handlungen der Menschen in Tabellen zusammenstellen und daraus Vergleiche ziehen, haben unwiderleglich nachgewiesen, daß die Moral eines Menschen, einer Klasse, eines Volkes wesentlich beeinflußt wird durch die wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie haben z. B. statistisch nachgewiesen, daß in Zeiten einer Massenarbeitslosigkeit und großer Lebensmittelknappheit nicht nur die Preise steigen, sondern auch die verbrecherischen Handlungen. Es ist statistisch festgestellt, daß die öffentliche Sittlichkeit sinkt, wenn sich die Massen in größerer wirtschaftlicher Not befinden. Die Zahl der Eigentumsverbrechen steigt ganz gewaltig. Es wird viel mehr gestohlen, geschwindelt und untergeplagen als in normalen Zeiten, es werden mehr uneheliche Kinder geboren, es kommen mehr Abtreibungen und Kindersterbe vor, weil die Möglichkeit, ein Kind ordentlich großzuziehen, geringer wird. Aber nicht nur die Sittlichkeit der Erwachsenen leidet unter den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, auch der Jugend bemächtigt sich eine große Verzögerung und stütliche Verwildertung. Alles das lehren uns die Tabellen der Moralstatistik und es wird auch bestätigt durch die Beobachtung der gegenwärtigen Zeit, in der wir einen moralischen Zustand finden, wie es wohl selten da gewesen ist.

Die Ursache dieser Erscheinung ist darin zu suchen, daß Menschen und Verhältnisse in einer ununterbrochenen Wechselwirkung stehen, daß sie sich gegenseitig beeinflussen. Es ist eine bekannte Erfahrung, daß jeder Mensch und jede Menschengruppe in ihrer Tum und Waffen durch die Umwelt beeinflußt wird. Dabei sehen wir, daß die Verhältnisse manchmal, man könnte sagen meistens, stärker sind als die Menschen, denn sie unterdrücken die sittlich hochstehenden Menschen unter ihr Fogg dwingen und zu Handlungen veranlassen, die sich vor dem Richterstuhle der sozialen Sittlichkeit nicht rechtfertigen lassen. Jeder Mensch, auch der besie und in sich gefestigte, darf der Umwelt seinen Tribut zahlen, und nur pharisäische Selbstgefälligkeit vermag zu behaupten, daß die Sittlichkeit unter allen Umständen darüber sei als die Umwelt und daß der sittliche Willen allen Anreizungen und Verlockungen standhalten könne. Wir können uns sehr wohl Verhältnissen denken, und hat es nachweisbar solche gegeben, in denen die Sittlichkeit notwendigerweise Schiffsbruch leiden müsste, in denen der Mensch unter dem Zwange der Not wieder ins Tierreich hinabfällt und seinen tierischen Instinkten frönt. Dann lösen sich alle Bande sozialer Scheu, wie der Dichter sagt, und alle Sitten werden frei, die rauhaftlose Selbstgefälligkeit ihre Orgien.

Zwecklos wird die Handlungsweise eines Menschen da er sie nicht durch seine Heranbildung, seinen Charakter, seine Erziehung bestimmt. Das Geistige und Seelische, das er von seinen Eltern und Vorfahren mitbekommen hat, drückt ihm den Stempel auf. Damit ist es die große Aufgabe des Sozialismus, daß körperlich und geistig gesunde Kinder erzeugt und geboren werden, um zu wüchtigen Menschen erzogen werden. Aber neben dem Charakter eines Menschen sind es die wirtschaftlichen Verhältnisse, die sein Denken und Lassen beeinflussen. Es ist falsch, zu sagen, der Mensch sei ein Produkt seiner Verhältnisse, denn das würde jede Selbstbestimmung und Schöpfung aus.

verantwortlichkeit ausschließen. Um Gegenteil, jeder Mensch ist für seine Handlungen persönlich haftbar, daneben aber dürfen wir nie vergessen, daß auch die Verhältnisse mitschuldig sind an einer schlechten Tat. In jedem Verbrechen trägt die Gesellschaft die Mitschuld, und darum müssen wir uns der Gesamtschuld an dem sittlichen Zustand der Gegenwart bewußt werden. In jedem Herzensader wackert das Unkraut der Selbstsucht und Lieblosigkeit, der Erwerbsgier und des Gewinnstrebens, aber jeder von uns kann dem Schicksal dankbar sein, wenn es ihn in Verhältnisse hineingesetzt hat, die dieses Unkraut nicht zur Reife bringen. Aus dieser Erkenntnis heraus sollen wir das soziale Mitgefühl schöpfen, das nicht den Stab bricht über den sündigen Mitbrüder, das sich vielmehr stets die Frage vorlegt: „Wie würdest du gehandelt haben, wenn du dich in derselben Lage befändest?“ Sicherlich soll mit das Verbrechen aufs schärfste beurteilt, den Verbrecher aber sollte wir milde beurteilen, weil er unter dem Banne der Verhältnisse gehandelt hat, eingedenkt des Bibelwortes: Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet!

Wir starl die wirtschaftlichen Verhältnisse die Handlungswise des Menschen beeinflussen, tritt in der gegenwärtigen schweren Zeit deutlich zutage. Zweifellos kostet heutzutage mancher Mensch eine unehrliche, die Gemeinschaft schädigende Handlung, der innerlich einen guten Stern hat und der unter normalen Verhältnissen ein ehrlicher, anständiger Mensch bleiben würde. Aber wenn er Hunger hat, wenn die Not in sein Heim eingezogen, wenn seine Familie am Notwendigsten Mangel leidet, dann ist es wirklich nicht zu verwundern, daß er sich an fremdem Eigentum vergreift, wenn ihm die Gelegenheit dazu geboten wird. Es gehört eine übernatürliche Charakterstärke dazu, einer Versuchung widerstand zu leisten und völlig reine Hände zu behalten, wenn der Zwang der Verhältnisse groß ist. Wer weiß, ob er in einem ähnlichen Fall die Feuerprobe bestehen und aus diesem Gewissenskampf als Sieger hervorgehen würde, wer will von sich behaupten, daß sein sittlicher Wille unter allen Umständen stärker sein werde, als die wirtschaftliche Not und der Druck der Verhältnisse? Daz in der heutigen Zeit mehr antisoziale Handlungen begangen werden als in der Kriegszeit, liegt nicht etwa daran, daß die Menschen schlechter geworden sind, sondern vielmehr daran, daß die schlechten Verhältnisse das Gute im Menschen überwuchern und die schlechten Triebe zum Reisen bringen. Weil die erbärmlichen Verhältnisse, die uns der unglückselige Krieg gebracht hat, stärker sind als die guten Eigenarten der Menschen, deshalb wachsen die Verbrechen wild auf der Straße.

Daraus ergibt sich, daß alles Moralpredigen, alles Mahnen, Warren, Drohen und Bestrafen wirkungslos bleiben muß, solange die schlechten Verhältnisse bleiben, daß es vielmehr nur ein einziges Mittel gibt, Besserung zu schaffen, nämlich eine *Gesundung unseres Wirtschaftslebens*. Schon allein von diesem sozialistischen Standpunkt aus wäre es ein verhängnisvoller Fehler, Verschärfungs- und Bedeckungs-politik treiben zu wollen. Eine Verstärkung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, in der manche Menschen das Heil erblicken, würde die allgemeine Not steigern und dadurch die schlechtesten Instinkte in der Menschenbrust entzündeln. Die Erfahrung lehrt uns, daß Solidarismus, Rechtsgefühl und Menschenliebe schwinden, wenn die Menschennot siegt, und auch heute beobachten wir deutlich, daß die Menschen schlechter handeln, wenn die Verhältnisse sich verschlechtern. Dafür müssen wir mit dem verbrecherischen Wahnsinn aufhören, daß eine Steigerung des Glücks der Weg sei zum Sozialismus. Gerade das Gegenteil ist der Fall: nur dadurch, daß wir wieder gesunde, geordnete Verhältnisse bewirken, in denen das kapitalistische Unrecht erstickt worden ist, können wir die Menschen auf jene geistige und sittliche Höhe emportragen, die sie fühlig macht, eine neue, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten. Der Sumpf des materiellen, geistigen und sittlichen Glücks muß trockengelegt werden, wenn in dem neuen Erdreich neue Menschen wachsen sollen, die den Sozialismus nicht nur im Herzen tragen und im Munde führen, die ihn auch durch die Tat beweisen. Der Individualismus, die taufredende Menschenliebe, diese herzlichsten Blüten einer sozialistischen Gesinnung, wären nur aus einem entsozialisierten Wirtschaftsleben entsprungen. Der *Wirtschaftssozialismus* ist die Vorbereitung des Kultursozialismus, die sozialistische Wirtschaftsweise ist der Nährboden sozialistischer Sittlichkeit. Diese Einsicht muß in die Massen hineingetragen werden, sie muß den Willen wecken zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens im Sinne des Sozialismus.

Wirtschaftsdemokratie und politische Demokratie.

Auf politischem Gebiete hat der demokratische Gedanke in den letzten Jahrzehnten zweifellos bedeutende Fortschritte gemacht. Schon vor dem Kriege mussten Fürsten und Obrigkeitsein im Staat und Gemeinde den Volksmassen einen immer größeren Einfluss einräumen, und durch die November-Revolution ist die Alleinherrschaft der früheren Machthaber gebrochen worden. In der deutschen Reichsverfassung heißt es: „Die Gewalt geht vom Volke aus.“ Leider genügt diese Formulare, politische Demokratie keineswegs, um dem Volke die wirkliche Gleichberechtigung zu verleihen. Jedes Recht und jede Freiheit schwimmt so lange in der Luft, wie nicht eine wirtschaftliche Grundlage geschaffen ist, auf der sie ruhen. Das Wahlrecht, das Koalitionrecht, das Recht der freien Meinungsäußerung, um nur ein paar der wichtigsten Rechte zu erwähnen, haben für die wirtschaftlich Schwächeren keinen Wert, weil letztere befürchten müssen, daß sie wirtschaftliche Schaden erleiden, wenn sie von den ihnen gesetzlich zustehenden Rechten Gebrauch machen. Daraum muß die politische Demokratie ergänzt werden. In dieser Beziehung haben die Betriebs- und Wirtschaftsräte ungemein große Aufgaben zu erfüllen.

Zunächst sind die Betriebsräte dazu da, die Interessen der im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Angestellten nach allen Richtungen hin zu wahren. Sie haben für möglichst gute Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sorgen und auch dafür, daß jeder, der seine Pflicht und Schuldigkeit tut im Betriebe, sich außerhalb des Betriebes als freier Mensch betätigen kann. Der Willkür des Unternehmers oder Betriebsleiters soll ein Ende gemacht werden, die bisherigen Ausbeutungsobjekte sollen zu gleichberechtigten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen werden. Darüber hinaus sollen die Betriebsräte an der Ausgestaltung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens zur Erzielung hoher Leistungen und Erfolge mitwirken. Dieser Gedanke, der in der Gewerkschaftsbewegung seit

Beilage zum Proletarier

Hannover, 13. August 1921

30. Jahrgang

Nummer 33

Aus der Industrie

Industrie der Steine und Erden

Aus dem Bremer Ziegelergebet.

Der Wert der Schlichtungsausschüsse hat sich in der vergangenen Zeit immer mehr als sehr gering herausgestellt. Diese Einrichtung gleicht der berühmten Dosis weisser Salbe, die noch kräftiger Gustik bedarf, ehe sie die gewünschte Heilwirkung ausübt. Wenn auch in einigen Fällen die Sprüche der Schlichtungsausschüsse auf geringe Lohnzulagen lauteten, so werden diese in den meisten Fällen von den Unternehmern auf Grund der Einweisung ihrer Verbände nicht anerkannt, und die Demobilisierungskommissare, Regierungspräsidenten, Fleisch vom Fleische der Kapitalistensklave, die Schiedssprüche, solweit sie zugunsten der Arbeiter aussallen, nicht für verbindlich erklären. Es wird lystbare Zeit vertrockelt, die die Arbeiter weit besser dazu benutzen könnten, durch Arbeitseinstellung ihr gutes Recht zu erkämpfen. Die veräumte Zeit läuft sich in vielen Fällen nicht wieder einholen. Das trifft vor allem zu auf die Ziegel-Industrie, die überwiegend nur einige Monate im Sommer betrieben wird. Ehe die Zustanzen alle durchlaufen sind, ist der Sommer vorbei, und zum Handeln ist es zu spät.

Im Wirtschaftsgebiet Bremen ist mit der Mehrzahl der Ziegeleibesitzer ein Tarifvertrag abgeschlossen, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ziegeleiarbeiter regelt. Einige Aufzulöster von den Unternehmern machen aber nicht mit. Die Ziegeleien Ahrens & Co. in Brinkum, H. Wehrmann in Dreie und H. Detjen in Ahlhausen weigern sich, die tariflich geregelten Löhne zu zahlen, weil sie durch eine Landesgrenze von den übrigen Ziegeleien getrennt sind. Das nächstliegende wäre nun gewesen, beim Reichsarbeitsamt die Allgemeinverbindlichkeit zu beantragen. Im Wirtschaftsgebiet Bremen haben von 15 Ziegeleien zehn den Vertrag unterschaut, zwei Betriebe zahlen die Tariflöhne, ohne die übrigen Tarifabmachungen anzuerkennen, und drei, die oben genannten, wollen weder die Löhne zahlen noch den Vertrag anerkennen; sie zahlen bis zu 1 M. pro Stunde weniger als die vertragstreuen Firmen. In allen 15 Ziegeleien sind 505 Arbeiter beschäftigt, und von diesen arbeiten 389 gleich 77,02 Prozent im Tarifverhältnis. Nach der Verordnung vom 23. Dezember 1918 sind also die Bedingungen gegeben, wonach der Vertrag verbindlich erklärt werden konnte. Es wäre aber nützlos Beginnen gewesen, diesen Weg einzuschlagen, denn das Reichsministerium arbeitet langsam, und der Sommer und die Ziegelkämpfe sind kurz. Ehe der Vertrag für allgemein verbindlich erklärt worden wäre, hätten die Ziebler schon längst die Gegend wieder verlassen.

Aber wir haben ja Schlichtungsausschüsse; also schlagen wir diesen Weg ein. Die Erwartungen wurden aber nicht erfüllt. Der Schlichtungsausschuss Osnabrück sollte nun entscheiden, ob es gerecht ist, daß mehrere Ziegeleien, die in einem Wirtschaftsgebiet liegen, die ein und dieselben Produktions- und Absatzverhältnisse haben, deren Arbeiter denselben Ernährungsverhältnissen unterliegen, die sich nur dadurch unterscheiden, daß die einen auf bremischen, die anderen auf hannoverschem Boden liegen, in der Entlohnung einen so großen Unterschied aufweisen. Nebenbei bemerkt, die beschränkten Betriebe liegen in unmittelbarer Nähe Bremens; Bremen hat zwei Schlichtungsausschüsse. Um über diese Streitfälle überhaupt erledigen zu können, muß eine Kette mit 5 Stunden Eisenbahnhalt gemacht werden, denn die Betriebe liegen ja nicht auf Bremers Gebiet! Der Schlichtungsausschuß entschied zugunsten der Unternehmer. Er hält sich nicht für berechtigt, das Wirtschaftsgebiet abzugrenzen und den Tarifvertrag für die Aufzulöster als maßgebend zu bestimmen. Der Spruch lautet: „Die Firma Ahrens & Co. zahlt 5,65 M. für die erste Gruppe, 5,10 M. für die zweite und 4 M. für die dritte Gruppe. Es bedeutet das eine Zulage von 15 Pf. in der ersten, 10 Pf. in der zweiten und (?) Pf. in der dritten Gruppe. Es besteht jetzt noch ein Unterschied zwischen dem Tariflohn von 35 Pf. in der ersten und 60 Pf. in der zweiten Gruppe.“ In der sicheren Erwartung, daß der Spruch vom Demobilisierungskommissar für verbindlich erklärt werden würde, wurde gegen die beiden anderen Betriebe das Verfahren nicht eingeleitet. Dem Herrn Regierungspräsidenten war aber höchstens die Zulage noch zu hoch angesetzt, denn er erklärte den Spruch nicht für verbindlich. Nach langem Warten erhielten wir endlich folgenden Bescheid:

Der Regierungspräsident, Hannover, den 6. Juli 1921.

St. D. K. 2279.

Auf den an den Schlichtungsausschuß Osnabrück gerichteten Antrag vom 18. 6. M. auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 10. Juni 1921 ist ich ergebnis mit, daß nach Mitteilung der Firma Ahrens & Co. in Brinkum die Einschafe durch häfliche Vereinbarung erledigt ist. Den vorliegenden Antrag auf Verbindlichkeitserklärung sehe ich somit als erledigt an.

Im Faßfrage:
(Name unleserlich)

Auf unsere sofortige Nachfrage beim Betriebsrat und der Belegschaft der genannten Firma konstatierten wir, daß der Lohn sich in keiner Weise verändert hätte. Der Herr Betriebsaufsichts-Kommissar hatte eine Medaille des Betriebsrates alsbare Münze genommen und, ohne sich von der Wahrheit zu überzeugen, die Sache für erledigt erklärt. Auf unsere Beschwerde haben wir bis jetzt nichts wieder vernommen.

Bei den herrschenden Verhältnissen ist es begreiflich, daß die Arbeiter der Ziegeleien mit den niederen Löhnen die Arbeit wechseln wollten, um sich zu verbessern. Die Unternehmer bauten aber vor; die Ziegeleibesitzer hatten den Besatzung geführt, daß Ziegeleiarbeiter nicht auf einer anderen Ziegelei angestellt werden sollten, wenn sie selbst die Arbeit aufzugeben hatten. Sie schreckten vor dem verderblichen Mittel der Berufsverfolgung und der schweren Lizenzen nicht zurück, um den größeren Profit nicht in Gefahr kommen zu lassen. Trotzdem sind die Arbeiter abgewandert und sind in anderen Betrieben untergekommen. Leider haben sich

aber eine Anzahl auf den Dörfern ansäßige Arbeiter gefunden; sie sind nicht organisiert und helfen den Unternehmern aus ihrer Verlegenheit. Es wird für das kommende Jahr intensive Arbeit geben, um gerechte Arbeitsverhältnisse auf diesen Ziegeleien zu schaffen.

Sz.

Lehnabbau in der Frechenen Tonhöhle-Industrie.

Den Unternehmern schwoll der Hamm. Die Angst der Revolutionszeit ist bei ihnen verschwunden. Sie fühlen sich wieder stark. Die Abrechnung der Arbeiterschaft mit ihren Lohnbeutern ist jedoch während der Revolutionärzeit recht glimpflich verlaufen. Die Unternehmer hatten sich das Volksgericht viel schlimmer vorgestellt. Die Arbeiterschaft hat sich verächtlich gezeigt. Deshalb unterschätzter werden nun wiederum die Unternehmer. Sie bewegen sich wieder im Fahrwasser der guten alten Zeit, wo sie die alleinigen Herren im Hause waren. Die Arbeitsgemeinschaft gilt ihnen heute nur noch als ein Instrument, um ihre Wünsche durchzusetzen. Die Wünsche der Arbeiter haben bei ihnen nichts mehr zu bedeuten. Die Herrschaften diktieren wieder. Der Wille der Arbeiter wird ausgeschaltet, ihr Mitbestimmungsrecht wird niedergetreten. Das ergibt nachstehende Bekanntmachung der Frechenen Tonhöhle-Unternehmen:

Frechen, den 22. Juli 1921.

Bekanntmachung.

Infolge zu hoher Herstellungskosten ist die Konkurrenzfähigkeit unserer feuerfesten Betriebe stark in Frage gestellt.

Wir sehen uns gezwungen, die Kostensummen für sämtliche Arbeiter unserer Betriebe vom 28. Juli 1921 an wegfallen zu lassen.

Obwohl unsere Tariflöhne nach näheren Erfundigungen weit höher sind, als solche im ganzen Regierungsbereich Köln bezahlt werden, sind wir bereit, dieselben vorläufig auf der jetzigen Grundlage beizubehalten zu lassen.

Eine besondere Stellungnahme hierzu ist zwecklos und stellen wir jedem anheim, falls er hiermit nicht einverstanden sein sollte, seinen Austritt einzurichten.

gez. Domé, Ittner u. Co.

Das ist das soziale Verständnis der Unternehmer. In dem Augenblick, wo die Leidung in verschärfstem Maße einsetzt, wagen sie es, den Arbeitern eine Lohnkürzung zu diktieren. Wenn es nicht geht, kann ja gehen. Wer nicht bei der Arbeit hungern will, der mag ohne Arbeit darben. Zugleich ist des Arbeitens wird der Arbeiterschaft nun noch die Pflicht des Hungers aufgelegt. Die Arbeiterschaft wird dieses Hungerdiktat nicht ohne weiteres schlucken. Sie wird sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Wie ein Mann muß sie dagegen Front machen. Sie wird den Hungerdiktaturen die richtige Antwort geben durch ein noch einheitlicheres und geschlosseneres Zusammensein und Zusammenhalten.

Ein Gewerberat, wie er steht sein soll!

Recht lebhafte Fragen werden uns schon seit längerer Zeit über den Gewerberat Herrn Fischer übermittelt. Wenn wir bisher darüber geschwungen haben, so war es deswegen, weil wir es für unmöglich hielten, daß ein Staatsbeamter, der auch zum Schutz der Arbeiter angestellt ist, in so einseitiger Weise die Interessen der Arbeitgeber wahnehmeln könnte. Nachdem uns aber von unseren Kollegen wiederholt die Richtigkeit bestätigt worden ist, halten wir es für unsere Pflicht, auch die Deßenlichkeit von dem sozialen Verständnis des Herrn Gewerberats zu unterrichten. Im vergangenen Sommer kam er in die Ziegelei Rudelstadt und legte den Leuten in allen Tiefen nahe, daß für das Geld, das sie in 8 Stunden verdienen, 10 Stunden zu arbeiten. Der Herr Gewerberat scheint in den letzten Jahren geschlafen zu haben, sonst müßte er wissen, daß der Arbeitshundertag gesetzlich festgelegt ist. Wer sind etwa die Gewerbeaufsichtsbeamten jetzt dazu da, um zur Überreitung der Arbeiterschutzgesetze aufzupreden? Da können wir ja von Herrn Fischer noch verschiedene Überraschungen erleben. Es ist ja geradezu ein Hohn auf das menschliche Empfinden, wenn in einer Zeit, wo die Arbeiter durch jahrelange Unterernährung geschwächt und ausgemergelt sind, ihnen zugemutet wird, für diesen Hungerlohn, den sie erhalten, noch 2 Stunden pro Tag unerst zu arbeiten. Der Herr Gewerberat kann nur froh sein, daß er mit seinem Vorjahrzettel an einer sehr ruhiger Betriebsrat kam, sonst wäre wohl die Antwort noch etwas anders ausgeflossen. Doch sich der Herr Gewerberat die Begleitung des Gewerberats des Schreibstabs bei seinen Missionen in den Betrieben verbietet, nimmt uns gar nicht wunder. Selbstverständlich ist es auch bei Lohnbewegungen immer auf der Seite der Arbeitgeber, und wenn in seinem Bereich noch keine größeren Lohnzulagen entbrannt sind, dann ist das wahrscheinlich kein Verdienst. Auch bei verschiedenen Aussichtskäntern ist es Zeit, daß endlich einmal ein etwas frischerer Lustigung hineinkommt. Auch das wird geschehen, wenn die Arbeiterschaft endlich einig und geklönt den reaktionären Kapitalismus gegenübersteht. Hoffentlich ist der Tag nicht mehr fern.

Robert Egner.

Werksdirektor und Flugblattverteiler.

Die Arbeiter der Zementfabrik Kürtingen waren an einem der letzten Sonntage zu einer Versammlung eingeladen, in der sie Stellung zum Streikrecht nehmen sollten. Die Einladung griff durch ein Flugblatt, das am Betrieingang verteilt wurde. In dem Kollegen, der die Einladungen den ein- und ausgehenden Arbeitern überreichte, gesellte sich bald der Direktor Dr. Schäff, und es entstand ein zwischen den beiden folgendes Flugblattgespräch, das wir der Deßenlichkeit nicht vorenthalten wollen. Der Inhalt ist zwar nicht besonders geheim. Der Befr wird für diesen Mangel aber dadurch entschuldigt, daß er Deutliches von eiteren Deutungen erhält, die recht interessante Schlüsse auf die soziale Ausstattung des Herrn Direktors werfen. Auch die Kürtingerbeamten des Herrn Direktors, die durch den elaterischen Schluß nichts von ihrer eigentlichen Ursprunglichkeit verloren haben, werden durch das Flugblattgespräch sehr gut berührt. Peripherie des Ziegelprüfers sind: ich, der Zeitungsleiter; er: der Herr Direktor Dr. Schäff.

Fr.: Was haben Sie denn hier?

Dr. Schäff: Sie haben es ja vorhin schon gelesen; warum fragen Sie da noch wieder?

Fr.: Diese Arbeit hätten Sie sich schwer können. Der Befr hat für unsere jüdischen Gewerberbeiter keinen Wert. Bei uns hat jeder jüdischen Gewerberbeiter endlich zum Abschluß gebracht. Einige

Arbeiter sein Häuschen, ein Stück Feld, etwas Vieh oder mindestens eine Biene. Solch ein Vertrag ist für Arbeiter in Industriestädten etwas. Für die Zementarbeiter dagegen hat er gar keinen Wert. Zu den herausgehenden Arbeitern gewendet, die in Gegenwart des Direktors etwas schwärmen sind: Nehmt's mir! Die kann Ihr zu Hause gut gebrauchen; die sind gerade recht zum . . . passen. Zu dem Betriebsleiter gewendet mit den belästigten herablähmenden höhnisch-satirischen Wörtern: Sitzt es auch schönes, weißes Papier?

Sitzt es auch weiß, wohl nicht wie Ihre Klosettrolle; aber es ist gutes deutsches Papier.

Fr.: Braucht' ich nicht; ich puß den . . . mit Heilungspapier.

Fr.: Ich nehme an, daß Sie immer die „Süddeutsche“ zu diesem Zweck verwenden. Im übrigen sind Sie noch zu dieser Versammlung auf nächsten Sonntag höchst eingeladen. Sie haben dann Gelegenheit, das Fluggespräch mit mir noch weiter auszudehnen zu können. Bielefeld findet sich dann noch jemand anders, der sich daran beteiligen wird.

Fr.: Da hätte ich viel zu tun, wenn ich mich bei solch schönem Wetter in so eine Luke setzen sollte! Lebhaft wäre es für Sie auch besser, wenn Sie arbeiten würden, anstatt hier auf der Straße herumzugehen.

Fr.: Ich habe die Leute nicht auf. Nur ausländer wollen wir, damit die Zementarbeiter einsehen, daß auch sie ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Dasein haben. Im übrigen habe ich in meinem Leben mehr gearbeitet als Sie.

Mit dem letzten Satz sondert das Fluggespräch sein Ende, und Direktor Dr. Schäff steuert wieder der Zementarbeiter zu.

Wir wollen es der Öffentlichkeit überlassen, sich über die Ausdrucksformen des Herrn Direktors und Doctors ein Urteil zu bilden. Wir wollen aber die allgemeinen Gründe darzulegen versuchen, weshalb dieser reaktionäre Vertreter des Kapitalismus und Vörderer der Gehlen die freien Gewerbeschäften hat und von Tarifverträgen nichts wissen will.

Das Kürtinger Zementwerk ist ein Teilbetrieb der Heidelberger Gesellschaft, und es sind in diesem fast die gleichen Zustände nach und nach eingetreten, wie sie dort zum Schaden der Arbeiterschaft bestehen. Die Löhne sind seit mindestens Jahreszeit um 50 bis 60 Pf. pro Stunde niedriger als in der sonstigen Industrie am Orte. Um die Arbeit über dieses Misshandlungskomitee hinzugezuladen, werden ab und zu Gratifikationen verteilt. Durch diese Methode soll der Arbeiterschaft gezeigt werden, wie freiwillig die Gesellschaft ist, wie sie denkt und handelt, wie sehr sie um das Wohl ihrer Werksangehörigen besorgt ist. Die letzte Verteilung fand im April d. J. statt. Es wurden an den einzelnen Arbeiter je nach der Beschäftigungsduer bis zu 900 M. gegeben. Nehmen wir an, alle erwachsenen Arbeiter hätten diesen Betrag für das Jahr 1920 erhalten (in Wirklichkeit war es nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl, die 200 M. erhielt). Aber selbst in dem günstigsten Falle hätte noch jeder Arbeiter 360 M. im Jahre eingespart, denn die Gesellschaft hat für jede Arbeitstage des Jahres 50 Pf. weniger gezahlt, als die anderen mit der Zementindustrie vergleichbaren Industrien am Orte, unzurechnbar die besonderen Vorteile, die die Tarifverträge der Arbeiterschaft gewähren. Ferien, Nachtag für die Überstunden zw. Man sieht also, daß bei den patriarchalischen Wohlhabern, das die Gesellschaft für die Arbeiterschaft hat, ein recht erheblicher Nutzen herauspringt.

Auch die Fabrik- und Gartenfeste vereinen sich vorzüglich. In Kürtingen ist es allerdings noch nicht so weit, daß man, wie in Heidelberg, direkt veranlaßt, in deren bei den Theatern die Freiheit des Direktors selbst mindestens (als Dollarprinzipal). Der Kürtinger Zementarbeiter sieht verhältnißmäßig noch der Freiheit. Ein solcher soll aber bereits geplant sein, und es heißt, daß zur Ausführung erstklassige Künstler herangezogen würden. Modelle, um die Gangarten mit entsprechenden Bildern zu schmücken, könnten wir auf Verlangen in Vorlage bringen.

Die Gartenfeste werden in der Regel ganz besonders pflichtig veranstaltet, wenn für die Eltern erstmals eine Veranlagung in Rücksicht geplant ist. Die Besucher sollen verhältnißmäßig schon mit einer Spende von 5 M. bedacht werden sein. Zur Ehre des Kürtinger Betriebsleiters müssen wir schon annehmen, daß es Goldmark waren, denn mit 5 Papiermark wäre bei den heutigen Preisen nicht viel auszugeben.

Die Direktion ist angeleitet der Antragung, daß sie es mit dem System, das sie nun wieder aufgebaut hat, auf die Dauer festlegen wird, die Zementarbeiter mit schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen abzusondern als die Arbeiterschaft der anderen Industrien. Aber soviel und nach werden auch die Kürtinger Zementarbeiter fest verhältnißmäßig noch der Freiheit. Ein solcher soll aber bereits geplant sein, und es heißt, daß zur Ausführung erstklassige Künstler herangezogen würden. Modell, um die Gangarten mit entsprechenden Bildern zu schmücken, könnten wir auf Verlangen in Vorlage bringen. Der Betrieb ist zu erfreuen, daß der kleinste Gewinn gegenüber dem Vorjahr sich mit durch 100 Prozent vermehrt hat. Die Gesellschaft hatte 1919 einen Bruttogewinn von 2 211 000 M., 1920 einen losen von 4 104 000 M. Die Renten- und Gratifikationen betrugen 1919 261 000 M., 1920 709 000 M. Diese Zahlen zeigen, daß das System des Herrn Direktors Dr. Schäff zwar für die Arbeiterschaft weniger gut, dafür einträglicher aber für die Aktionäre der Heidelberger Zementwerke ist. Nur kann deshalb verzweifeln, wenn das Vertröden nicht, dieses System noch besser auszubauen. Hoffentlich macht ihnen die Kürtingerarbeiter einen Stein durch die Meinung. Es wäre sonst fatal, wenn diese endlich einmal zu der Einsicht kamen, daß für ihre Arbeit in Staub und Dreck geringeres Lohn und Arbeitsbedingungen erschien noch als es gegenwärtig der Fall ist. Wir werden unser Möglichstes tun, daß eine solche Einsicht innerhalb der Arbeiterschaft des Kürtinger Zementwerkes zum Durchbruch kommt. Wahrscheinlich wird dieses auch zur Folge, daß dann ein qualifiziertes Fluggespräch zwischen Werksdirektor und Flugblattverteilern auf einem anderen Ton geprägt ist.

Aus der Ziegel-Industrie in Württemberg.

Der Reichsarbeitsvertrag der Industrie für Erde und Steine ist in einem neuen Nachschub von dem Landesverband württembergischer Ziegelwerke E. B. nicht überarbeitet worden, obwohl er bis dato neugeschaffen war. Von unserer Organisation wurde dies verübt, die Unternehmer zu bewegen, den neuen Vertrag anzunehmen, zumal er ja nur im preis- und ganzen die Bedingungen des vor ihnen erzielten einen Arbeitsvertrages enthält. Die Unternehmer lehnen es aber ab, weil sie glauben, mit einem Vertragsarbeitsvertrag bedankenden Kürten abzubauen, Nebenkündigungsfreiheit erst über die Abhandlung der Vorkündigung zu ziehen, außer über die tägliche Arbeitszeit. Auch der Sitz des BGB, sollte aus dem Landesvertrag verdrängt, einigen Ziegelgebäuden erschien die Verhinderung einer täglichen Arbeitszeit verlegt. Auch würden sie die Lohnzulagen nach der Arbeitszeit verhindern, was sie sich um einen Rabatt in jeder Nutzung handeln sollte. Untererwird werden die alten Bedingungen als Verordnung gestellt und dazu eine Landeskundung in der Betriebszeit einzuladen, da diese in ihrer ellenartigen Form den kapitalistischen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Letzteres wurde, obwohl vom Schlichtungsausschuß Stuttgart, als aus den einem unparteiischen Schiedsgericht in kurz vorhergegangenen Verhandlungen zum Abschluß gebracht und öffentlich niedergelegt, so daß man annehmen sollte, daß dem weiter nichts entgegenstehen könnte. Die Unternehmer kündigten die neuen über das vorherige verhindern wollen, sondern verlangen, daß die Arbeitszeitverteilung in ihrer alten Gestaltung bleibt und es davon abhängig gemacht werden möge, weiter zu verhandeln. Die alten Verhandlungen scheiterten an dem Starrsinn der Unternehmer. Untererwird wurde, die Arbeitszeitverteilung der Industrie zum Verhinderung der Vorkündigung einzuladen. So der von mir aus eingetretene Verhandlungen wurde die Arbeitszeitverteilung mit Ausnahme von 5 Tagen, welche ständig bleiben, neu geregelt. Auch würden nach einer Frist, mit Eintritt des Arbeitszeitvertrags, erledigt, um dann eine normale Verhandlung von Verhandlungen zu verhindern, die sich innerhalb zweier Zeiten fertigstellen. Am 30. Juli kommt der Tarifvertrag nach Überprüfung der sich innerhalb zweier unterliegenden Schwierigkeiten endlich zum Abschluß gebracht. Einige

er zu machen, unter denen sich befand, Herr Arnold aus Stuttgart.
Bei dieser Verhandlung auszugsweise, ließen jedem Betrieb selbständige Gesellschafter beginnen, bezeichnungsweise, daß Abschreibungen, wie weiterer Zahltag usw., für ihn nicht maßgebend sein könnten. Wenn es aus, daß dieser Herr in einem ganz realistischen Maße wußte, was liegt es daher an der Arbeiterschaft dieses Betriebes, durch den Erfolg der Organisation damit zu sorgen, daß auch Herr Arnold begriffen hat, die Zeit von ehemals vorbei ist und obere Abschläge Verträge aufhalten werden müssen. Dies gilt aber auch für die Arbeiterschaft eines anderen Betriebes. Nichts ist gefährlicher, als den Kriechschmeiß des Geldes humpeln zu lassen und die wenigen Macht, die durch die Tätigkeit der Organisationen erlangt, aus der Hand zu geben. Eine geschlossene Organisation ist deshalb dringend notwendig. Den sehr gründgebauten Organisationen der Unternehmer müssen unter allen Umständen ebensoviel der Arbeitnehmer gegenüber geöffnet werden können, wenn die Arbeiterschaft nicht Gefahr laufen will, zu unterliegen. Noch eine so gesetzte Gemeinschaft bietet die Gewähr für die Sicherung der Existenzminima. Einmalen wird uns der Weisungen, die die nächsten Freuden bringt. Eine neu ergriffene Leistungswelle jagt die Preise für alle Lebensmittelwaren in die Höhe. Die Leistung bringt uns, nach den sozialen Bewegungen erzielen. Sollen sie uns den erhöhten Wohlstand in die Preissteigerungen bringen, dann müssen aber auch alle in Reih und Glied stehen, dann darf es keine Ausgenommen geben, die zwar alle Vorzeile für sich im Anspruch nehmen, aber Mühe und Opfer scheuen, um diese Vorteile zu erringen. Darauf, hielten in den Verbund der Fabrikarbeiter Deutschlands!

Papier-Industrie AG

Schwarze Diatrisse

Zu den schäbigsten Kampfsmitteln der Unternehmer in der
Korrektionszeit gehörte auch die Führung von schwarzen
Sternen, die der Bekämpfung der mittelständischen Existenz unliebsamer
Arbeiter dienten. In unseren Agenturmappen haben wir noch
einen ganzen Teil solcher Sternen liegen, die von Papierindustriellen
hinzugegeben, den Zweck verfolgten, gewerkschaftlich und politisch
beliebters unterlassene Arbeiter und Arbeiterinnen, ja selbst ganze
Arbeiterfamilien, von Ost zu Ost und von einem deutschen Bundes-
staat in den anderen zu tragen. Selbst über die Grenzen des
Deutschen Reiches hinaus, in der Papier-Industrie der anderen
Staaten, übten diese schwarzen Sternen ihre Wirkung noch aus.

Die revolutionäre Umwälzung Deutschlands hat auch hier Wandel gebracht, denß, wie es scheint, nur von vorderehendem Char. Es war seit einiger Zeit manchmal noch in den Kreisen der Arbeiter bei der Betriebsaufstellung dieses Unternehmensempfunden. Jetzt geht ein Hausherr mit seinem dazu über, seine Kosten zur Betriebsaufstellung der jüdischen Firma aufzuerden. So ist z.B. der „Festzug“ vom Jahre 1921 nicht er möglich geworden, da keine Spender vorhanden:

Wie in kleinen Betrieben, so trifft auch in vielen anderen Geschäftsräumen die funktionelle Trennung nach Geschäftsgütern haben. Dass einzelne Angebote und Produkte nach Ablauf einer Zeit ihrer Gültigkeit ausgetauscht werden müssen, ist kein Hindernis für einen Betrieb, wenn diese Güter nicht durch verschiedene Produkte ersetzt werden. Ein Geschäft kann dann seine Güterwechseln leichter und vor allen Dingen über die Kundensicht hinweg verdecken.

De die Geist, hoor geen dommer Gedachtenijle niet viel
Echte Geest en Christusverstande in den Regel eines Gottes
Hofes, glaube ic, das ic en der Gott ist, und in wahren Gnaden
des Christums zu schaffen, wie de gne Gott bei den Christenwijken,
der Christum und Jesuken Christen herre verbunden ist.

Diese nationale Sache ist der Deutschen jeder alle Ehre
angemessen und kein Geschäft für Privatgen und aufgeschoben
werden, da es eine nationale Sache ist und keine Sache zu unters-
tellen. Wie eine Sache der Republik, die's längstesten gejährt
wäre, so eine Sache, die für Gerechtigkeit steht, ob Menschen die
durch einen unverantwortlichen Vertrag gegen eine kleine Ge-
meinde gekommen waren, die einen Zweck für die Menschenleidung ver-
folgt und was die Freiheit von Gott gibt. Jedes Land, das
die Kultur mit Christus hat, darf die Sache nicht ablehnen,
sondern ebenso wie andere Völker verpflichtet werden,
die uns trauen müssen.“

Gegen den Geist der vorwissenschaftlichen Geschichtsschreibung haben die Historiker mit Recht noch immer das Recht der Freiheit gehabt. Dafür steht die Frage immer noch offen, ob das Verbot eines Historikers zum Evangelium, der aus der Heilsgeschichte keinen Teil aus Sonnen von Gottesgeschehnissen gegen eine Schriftquelle oder gegen den Christusglauben einer leichten Strafe Stellung nimmt, richtiger ist, als das Verstellen des Hauptthemas des alten Testaments, das die Heilsgeschichte Sünden und Unglücks erzählt, um aus ihrer mit Hilfe von Gottwirkung eine andere Schriftquelle für die heilige Geschichte Gottesgeschichte herzustellen. Bei dieser Aenderung, nach der auch die Schriften aus dem Alten Testamente äquivoclich geachtet werden, die Bibeltexte aber ungestraft von den gebrauchlichen Geschichtsschreibern zum Studium der Universitätsschulen bestimmt, müßte es aus dem Verlust eines Universaltheos

Sie hoffen aber leider nun zu geben, daß künftige Körnerzüchtungen nicht nur den dem Unternehmen benötigten Nutzen, sondern auch den Zweck der Geschäftsführung zu fördern, indem sie nicht nur den Erfolg des Unternehmens sicherstellen, um die politische und gesellschaftliche Interessen der Industrievertreter zu unterstützen, um im geistigen Bereich als Präsentation der Unternehmen gegen die Wettbewerber zu dienen.

Die Kritik ist nicht die Waffe, der Siegen der Männer über die anderen Menschen zu dienen. Sie ist die Verteilung der Seele für Freiheit, bei dieser Sichtweise kann sie nur gegen den eigenen Willen und nicht mit anderen Menschen gegen den Willen des Gottes gekämpft werden, sonst gerät sie selbst zu Jenseit, so wie dann der Mensch eine einzige Kreatur ist, die sich nicht mehr von Gott trennen kann.

STAR TAN - STAR PEELING

erklärten Tariftreue. Sie wünschen, wenn selbst tariffrei auch von der Gegenseite — in dieser Hölle also vom allen bei ihnen beschäftigten Arbeitern oder Arbeitnehmer — verlangen, daß die Mitglieder der Betriebskonferenzen bestellten Gewerkschaften jüten, weil nur die Mitglieder der Vertragsparteien an die notwendige Garantie für die Tariftreue bieten. Der Gewerkschäfer wird den Antritt nicht los, denn der Unternehmer, der sich immer wieder schützen, vor jene unorganisierte „Schnarren“, stellt, sich die täglichen Gefahren als Arbeitszivilis bei einzelnen Lohnabnahmen scheuen wollen. In den meisten Fällen ist es mit der Arbeitswilligkeit, Arbeitsfähigkeit und Intelligenz dieser Person nicht weit her, aber bei vielen Unternehmern gilt eben auch hier der Grundsatz: „Der Freiheit solltigt die Mittel!“

„Die Koalitionsfreiheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird gewährleistet. Pflicht aller Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die die Verhandlungen hierzu führen, ist, einen nach Maßnahmen zu stimmen, die es für

gunstigungen dieses Vertrages in Einklang bringen wollen, ist es, einer der vertragsschließenden Organisationen anzuschließen!"

"Der Schritt zur gesetzlichen Koalitionsfreiheit ist also nur einem konkreten Fortschrittszweck, wobei eine solche gesetzliche Koalitionsfreiheit sich nur auf die Zugehörigkeit zu einer auf Grund des Vertrags vereinigten Gruppe eröffnen kann, während die Koalitionsfreiheit auf anderen Gebieten selbstverständlich nach wie vor beizubehalten wäre. Wir haben ja tatsächlich diese Koalitionsfreiheit bereits auf verschiedenen Gebieten, so bei der Zwangseinigung bei der Kranken- und Invalidenversicherung von Arbeitern und Angestellten und so weiter. Die Durchsetzung einer späten Koalitionsfreiheit in der Berufsausbildung wäre also definitiv keine revolutionäre Maßnahme, sondern nur Übertragung eines der sozialen Gesetzgebung durchaus bestehenden Grundprinzips auf die Berufsausbildung, der sogar schon in einem breiteren Sinne bestrebt liegt.¹²"

Endgültig sollte das Verlangen nach einer gesetzlichen Regelung ganz nicht so standig sein, wenn Arbeit und auch Unternehmer sich endlich einmal zu dem Gedanken entschließen könnten, daß das System der kollektiven Arbeitsförderung, das heißt, das Wirtschaftssystem beherrschend, zur Verantwortung hat die organisatorische Gesetzesordnungheit der bestellten Vertretergruppen zu erhalten.

Wie als Arbeitnehmer werden nicht nachlassen dürfen, unseres und
eigenen Interesses Wohlbehörden kommt wieder das Vermerk über ihre
Sicherheitsbedürfnisse vor Atem zu führen und bei jeder Verbesserung von
den Unternehmungen zu fordern, daß nur organisierte Arbeitnehmer einen
Gleisbeamten auf die tariflich geregelten Schie- und Arbeitsverhältnissen
haben können.

Die neugierige Gewerkebaustimme.

Seiner Erklärung auf die Worte des „Proletariers“ vom 29. Juli d. J.: „Wer geht mit den Unternehmern einst in Wut?“ stellt der offizielle Vertreter in der Nr. 15 der „Generalversammlung“ die Gegenfrage: „Wer ist er (der „Proletarier“), daß nur eine Stimme von Seiten der Arbeitnehmer ihm?“ Diese ungünstige Frage konnte ich sofort erwidern, wenn er das Sitzungsprotokoll vom 14. Juni d. J. des Käme Gesamtverbandes vorlegte, beweisen hätte. Der Vertreter gegen den sozialen Frieden kann also gründlich bezeugen. Wenn Roßnig dran steht, ob der „Proletarier“ auch in Schrift vor ihm Auskunft über Sitzungsabhandlungen geben will, ja demanden wir, daß ein berichtigtes Protokoll dieser Art ihm nicht gegeben werden soll und auch nicht gegeben werden wird, weil die Sitzungsprotokolle genügend Auskunft geben. So ist Friedensrecht jederzeit helfen. Die Wahrheit unserer Schreiber darf ja gewahrt erhalten, daß in dieser ersten Sitzung des Sitzungsausschusses

Auffassung, die Kündigung erst am 31. August auszupredigen. Erlinde: Das Maß der wahrscheinlichen Preisssteigerung lasse sich heute noch nicht übersehen. In der Aussprache wird von Lachner (Mannheim) und Reis (Mainz) die Ansicht Schreibers geteilt, während alle übrigen Teilnehmer für Kündigung des Abschaffens am 31. Juli mit Ablauf der Kündigungsfrist zum 1. September eintreten. Diese Auffassung wird alsdann gegen drei Stimmen zum Beschluss erhoben. Als Verhandlungskommission werden bestimmt: Forsthuber und Ehret (Mannheim), Haas und Knorr (Heilbronn), Kühl (Frankfurt), Reis (Mainz), Engelhardt und Janzon (Heidelberg). Dr. L.

Konferenz der in der süddeutschen Zucker-Industrie Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Von der Gauleitung des Gaues 12 war gemäß eines früher gefassten Beschlusses die Konferenz nach Wernis einzurufen. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht von der Konferenz in Halberstadt. 2. Besprechung der Arbeitsordnung für die Hüttenindustrie. 3. Stellungnahme zur Tarifwidrigkeit. Kollege Schreider bewirte, daß an dieser Konferenz nur die Mitglieder unserer Organisation teilnehmen können, da hier nur Angelegenheiten des Fabrikarbeiterverbandes zu regeln wären. Von dem Betriebsrat der Hüttenindustrie Wernis könnten nur die in unserem Verbande organisierten Kollegen teilnehmen, doch habe nur einer davon Stimmrecht. Schreider schilderte in seinem Bericht den Verlauf der Halberstädter Konferenz. Die dort gefassten Beschlüsse sind von den süddeutschen Betrieben zum größten Teil verwirkt. In Halberstadt habe man sich für die Kündigung des Tarifs ausgesprochen. In der Frage der Arbeitsordnung geht Kollege Schreider auf die von uns gemachten Abänderungsvorschläge und den in dieser Sache geprägten Schritte wechsel ein. Erwähnt wurde darauf gelegt, daß eine Bestimmung, die uns in unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit hemmen könnte, nicht in die Arbeitsordnung hineinkommt. Zum Lohnabkommen äußert Kollege Schreider seine Ansicht dahin, daß es richtiger sei, den Vertrag zum 30. September zu kündigen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen jetzt noch zu unklar. Niemand könne heute oder im August schon sagen, wie sich die Dinge im September und Oktober gestalten würden. Unsere Kollegen in den Betrieben aber vor Pflichten zu bewahren, sei unsere erste Pflicht. Kollege Dietrich dagegen ist der Ansicht, daß wir in diesem Jahre schon früher als sonst aus Tarif gehen müssen. Die Rübener können infolge der großen Höhe bedeutend früher zur Verarbeitung und man dürfe mit den Forderungen nicht bis in die Kampagne hinein warten. Kollege West warnt vor einer zu frühzeitigen Kündigung des Tarifs. An der Hand von Beispielen aus dem Mannheimer Bezirk zeigte er, in welche unangenehme Lage wir kommen könnten. Daß sämtliche Kollegen schließen sich den Ausführungen Dietrichs an. Mit den Röhren sei heute absolut nicht mehr auszukommen, und müsse daher, sobald wie möglich etwas geschehen. Die Erregung in den Betrieben ist schon groß. Man verlange eine weitgehende Lohn erhöhung. Ein Zögern würden die Kollegen nicht verstehen. Die Vertreter von Offstein beantragten, Offstein in die 2. Lohnklasse zu versetzen. Koll. Kühl geht des näheren auf die wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse ein und warnt vor übereiteten Schritten. Erneut schließen sich die Kollegen West und Knackmann an. Man müsse nicht nur die Verhältnisse in der Hüttenindustrie, sondern die gesamte Wirtschaftslage betrachten. Wie sich die Grüne in diesem Jahre gestaltet, könne noch niemand sagen, infolge der Kürze jedenfalls nicht günstig. Von der Arbeitslosigkeit, von dem Angebot der Arbeitskräfte zur Kampagne hängen eben vieles ab. — Zusammenfassend geht Kollege Schreider auf alle Ausführungen ein und warnt dringend vor übereiteten Schritten. Damit wolle er nicht bremsen, wohl aber die Freude richtig stellen zum Wohle unserer Mitglieder. — Beschlossen wurde sodann mit 14 gegen 3 Stimmen, den Tarif zum 31. August 1921 zu kündigen. — Beschlossen wurde ferner, daß aus jedem Gau zwei im Betriebe arbeitende Mitglieder unserer Organisation in die Verhandlungskommission zu entsenden sind und daß diese Kommission am 10. August in Heilbronn zusammentritt, um unsere Forderungen aufzustellen. — Für die Zukunft haben die Gaufürsten zu Konferenzen nur noch Mitglieder unserer Organisation zu entsenden.

Genossenschaftsbewegung.

Auf dem britischen Genossenschaftslongress

des Jahres hielt der Präsident Major eine bemerkenswerte Rede. Der Krieg sei zu Ende, aber der Kampf werde unter wachsender Verbilligung der Teilnehmer weitergeführt. Die Genossenschaftsbewegung stehe auf Seiten des Volkes, gegen die wenigen für die vielen. Als Genossenschaftsräte müsse man jedem Überstande gegen die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung Krieg bis ans Meier erklären. Die Genossenschaftsbewegung sei nicht die einzige Armee, die in der Rüstung der genossenschaftlichen Gemeinschaftlichkeit marschiere. Wenn die Genossen Major als Politiker Erfolg haben wollten, müßten sie eine politische Organisation schaffen, die imstande sei, nicht nur die Interessen der Genossenschaftsbewegung zu verteidigen, sondern auch einer aggressiven Politik Wirkung zu verleihen, die bewirkt hätte, daß Nächten der genossenschaftlichen Gesellschaft zu beseitigen. Die völlige Absehung von Renten, Gütern und Kapital werden zu gegebener Zeit eintreten als Ergebnis des Kollektivismus und der genossenschaftlichen Organisation. Aber man müsse ohne zögern an der Beseitigung der Grundarischen sozialer Ungleichheit: der Fortschritt von der sozialen Anarchie der Konkurrenz und des Individualismus zur sozialen Ordnung der Gemeinschaft müsse durch evolutionäre Entwicklung, nicht durch revolutionäre Gewalt herbeigeführt werden. Weiter wies Redner auf die Notwendigkeit der Verstärkung der genossenschaftlichen Bildung und auf Freiheit und die Verzehrung des Eigentopitals hin. Auch in der Zisterne könne und werde sich eine Entwicklung vollziehen, wie von dem einzigen Erbkrank der Stockholmer Pioniere zur heutigen Machterweiterung. Man müsse nun die Genossenschaftsbewegung von höherem Geisteszustande betrachten! Man müsse ernst die gesamtheitliche Schenkung und kann sie für alle Stufen des menschlichen Lebens anwenden; sie seien eine vollständige Philosophie des sozialen Lebens, ein lebendes Evangelium, das alles umfaßt, was nötig sei zur Heilung der Völker und zur Erfüllung der Sklaverei.

Fistulariidae

Was der Sohn- und Gehaltsempfänger wissen muß. Die „Lohn-Pausa“, d. h. der Steuerabzug vom Lohn und Gehalt, hat durch das am 2. Juli 1907 eingetragene Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitnehmer eine endgültige Gestaltung erhalten. Einige Teile der neuen Bestimmungen, nämlich diejenigen über die steuerlichen Verhältnisse, treten bereits am 1. August in Kraft. Für alle Sohn- und Gehaltsempfänger ist es wichtig, zu wissen, in welchen Fällen sie auf Steuerbefreiungen Anspruch haben. Bei der Kompliziertheit der Gesetzesvorschriften ist dazu ein Begleiter erforderlich. Unser folgenden Texte die jedoch im Berlager der „Deutschen Presse“ G. m. b. H. erschienene Broschüre „Die Einkommensteuer vom Arbeitnehmer“ dar. Die Broschüre, die die Entwicklung des Steuerwesens erläutert, alle einheitlichen Gesetzesbestimmungen im Werthalt bringt, sie mit eingehenden gemeinschaftlichen Erfahrungen betrachtet und auch bereits die neuzeitliche Vollzugsverfügung enthält, bei den Geissen Wilhelm 401 zum Verfasser, der als Reichstagsabgeordneter an dem Gesetz in diesen Beiträgen entwirkt hat. Der Ausklammt wünscht über die Steuerbefreiungen, die für Frau und Kinder, für minderjährige Angehörige, für Witwen und Witwer, auch wenn diese über den Durchschnittsbeitrag hinausgehen, für ungünstige Familiensituatoren sowie zu gewähren sind, mehr wissen will, wie Nebenkündungen dienen, Überlastungen erhöhen, Befreiungsberechten nicht geziert behandelt werden, wie der Erwerbslose zu der besten Steuerbefreiung kommt, die ihm zusteht, wie Aufwendungsentschädigungen behandelt werden oder wie fortwährend Nachfolgen braucht zur Wahrnehmung der ihm zukommenden Rechte. findet diesen Abschluß in den 40 Seiten starken Exemplar, die durch jede Buchhandlung zum Preise von 2.50 M. zu bestellen ist.